Eine überflüssige Urabstimmung

Bei der Urabstimmung, die gleichzeitig mit der Wahl des Studentenparlaments stattfindet, geht es vordergründig um die Aufhebung zweier Parlamentsbeschlüsse während der Aktionen gegen die Notstandsgesetze.

Suchten die Initiatoren dieser Urabstimmung jetzt nur die nachträgliche Rechtfertigung ihrer damaligen Schlägeraktionen gegen streikende Studenten, könnte man darüber zur Tagesordnung übergehen. Doch die Art der Fragestellung entlarvt, daß sie mehr im Sinn haben als eine Mißbilligung einzelner damals getroffener Maßnahmen:

Jede Ja-Stimme für ihren Antrag soll als Kundgebung gegen kritische Universität, gegen kritische und politische stellungbeziehende Wissenschaft, für eine Universität im Elfenbeinturm, die sich dafür "systemkongruent" zu verhalten habe, gewertet werden.

Noch konkreter geht es ihnen darum, die gewählte Studentenvertretung als "eine radikale Minderheit" hinzustellen, die zu politischen Stellungnahmen nicht legitimiert sei.

Das Verfahren ist infam:
Berechtigtes Unbehagen gegenüber einzelnen Formen der damaligen Aktionen soll - unter Verschleierung der Hintergründe - in eine propagandistische Tirade gegen jede politische Aktivität der Studenten, die nicht im Sinn der Herrschenden ist, umfunktioniert werden.

Natürlich wissen die Initiatoren, daß sie keinerlei Chancen hätten, wenn sie die Alternativen, die sie wirklich meinen, offen zur Abstimmung stellen würden. Den seinerzeit gescheiterten Versuch, den Widerstand der Studenten gegen die Notstandsgesetze mit Brachialgewalt zu verhindern, wollen sie in subtilerer Form wiederholen.
Es kommt ihnen nicht auf eine politische Willensbildung oder plebiszitäre Entscheidung an, sondern allein darauf, ihre faule Alternative der Frankfurter Studentenschaft aufzuzwingen und sie hinters Licht zu führen.

Die politische bewußten Studenten haben diesen plumen Trick durchschaut und bleiben der Abstimmung fern. Dem Manipulationsversuch der Urabstimmungs-Initiatoren kommt aber zugute, daß die Abstimmung gleichzeitig mit der Wahl stattfindet. Sie rechnen damit, daß ihre Gegner sich verzetteln und ein Teil von ihnen an der Abstimmung teilnimmt und mit Nein stimmt.

Jede Nein-Stimme hilft den Manipulateuren, die für ihr schmutziges Geschäft nötige Zahl an Abstimmungsteilnehmern zusammenzubekommen.
Vergessen wir nicht:

Die Abstimmung ist nur gültig, und wird nur ausgezählt, wenn sich mehr als 50 % aller Studenten an ihr beteiligen.

Wir müssen der propagandistischen Form dieser Abstimmung eine vernichtende Abfuhr erteilen. Wir müssen einheitlich handeln:

NEIN zur Urabstimmung muß heißen: BOYKOTT der Urabstimmung.

Nehmen Sie teil an der Wahl, aber:
KEINE STIMMABGABE BEI DER URABSTIMMUNG !

Weisen Sie es zurück, wenn Ihnen Wahlhelfer die Teilnahme an der Urabstimmung aufnötigen wollen.